Antragsbuch zur Hauptversammlung des SV Potsdam am 19.12.2015 (Stand 25.11.2015)

Satzungsänderungsanträge

Antragstitel SA001 Änderung des § 2 der Satzung

Antragstext

Die Hauptversammlung möge beschließen, die Satzung des SV Potsdam wie folgt zu ändern:

§ 2 Mitgliedschaft Neue Fassung:

(1) Die Mitgliedschaft im Stadtverband Potsdam wird auf Grundlage der Satzung der Piratenpartei Deutschland erworben.

(2) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand des Stadtverbandes. Der Kreisvorstand kann diese Aufgabe durch Beschluss an den Vorstand des Landesverbandes (im folgenden Landesvorstand) übertragen. Der Landesvorstand entscheidet dann im Einvernehmen mit dem Vorstand des Stadtverbandes.

(3) Gegen die Ablehnung der Aufnahme kann der Antragsteller bei der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Widerspruch einlegen, die abschließend entscheidet.

Antragsbegründung

Begründung: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es unterschiedliche Ansichten über die Auslegung der Bundes- und Landessatzung im Vergleich zur Satzung des Stadtverbandes gibt. Um Unsicherheiten zu vermeiden, wird auf die Bundessatzung Bezug genommen.

Ferner steht der Zustimmungsvorbehalt bereits in der Landessatzung, die Kreissatzung kann den Landesvorstand nicht binden. Da der Vorstand des Stadtverbandes entscheidet, ist die Widerspruchsmöglichkeit dem nächsthöheren Beschlussgremium, der Hauptversammlung, zuzuweisen. Eine Einberufung einer Hauptversammlung auf Stadtverbandsebene ist zudem wesentlich einfacher.

Alte Fassung:

(1) Mitglieder des Stadtverbandes sind die Mitglieder der Piratenpartei Deutschland, die ihren Wohnsitz im Tätigkeitsgebiet desselben haben.

(2) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand des Stadtverbandes nach Zustimmung des Landesvorstandes, sofern nach Maßgabe der Satzung des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland (im folgenden Landessatzung) nicht eine niedrigere Gliederung zuständig ist. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn der Landesvorstand sich nicht innerhalb von 14 Tagen zum Aufnahmeantrag äußert. Der Kreisvorstand kann diese Aufgabe durch Beschluss an den Vorstand des Landesverbandes (im folgenden Landesvorstand) übertragen. Der Landesvorstand entscheidet dann im Einvernehmen mit dem Vorstand des Stadtverbandes.

(3) Gegen die Ablehnung der Aufnahme kann der Antragsteller bei der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Widerspruch einlegen, die abschließend entscheidet.

Antragstitel SA002 Amtszeit des Kreisvorstandes

Antragstext

Die Hauptversammlung möge beschließen, die Satzung des SV Potsdam wie folgt zu ändern:

§ 10 Wahlen

Neue Fassung Absatz 3:

Der Kreisvorstand wird vorbehaltlich des nachfolgenden Satzes für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Seine ordentliche Neuwahl findet innerhalb des zweiten Kalenderjahres statt, das auf seine Wahl folgt. Die Amtszeit soll nicht unangemessen verkürzt werden. Der Kreisvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Kreisvorstands im Amt.

Antragsbegründung

Die Regelung erleichtert die Terminfindung für eine Hauptversammlung innerhalb des Jahres. Die starre Bindung an eine Jahreszeit (November/Dezember) entfällt.

Alte Fassung Absatz 3:

Der Kreisvorstand wird vorbehaltlich des nachfolgenden Satzes für die Dauer eines Jahres gewählt. Seine ordentliche Neuwahl findet einmal im Kalenderjahr statt. Der Kreisvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Kreisvorstands im Amt.

Grundsatzprogrammanträge

Antragstitel GP001

Unvereinbarkeit mit der AfD

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam stellt fest, dass jegliche Zusammenarbeit mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) unvereinbar mit den Werten der Piratenpartei ist. Dazu gehört auch ausdrücklich eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Mitglieder der Piratenpartei, die eine solche Zusammenarbeit auf parteipolitischer und/oder öffentlicher Ebene pflegen verhalten sich parteischädigend im Sinne des § 6 Absatz 2 der Bundessatzung.

Antragsbegründung

Mit der AfD ist aufgrund ihrer rassistischen und undemokratischen Gesinnung eine Zusammenarbeit nicht möglich. Hier muss klare Kante gezeigt werden

Antragstitel GP002 Unvereinbarkeit mit der ALFA

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam stellt fest, dass jegliche Zusammenarbeit mit der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) unvereinbar mit den Werten der Piratenpartei ist. Dazu gehört auch ausdrücklich eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Mitglieder der Piratenpartei, die eine solche Zusammenarbeit auf parteipolitischer und/oder öffentlicher Ebene pflegen verhalten sich parteischädigend im Sinne des § 6 Absatz 2 der Bundessatzung.

Antragsbegründung

Da die ALFA sich aus dem Umkreis ehemaliger Mitglieder der AfD zusammensetzt, die die AfD zu dem gemacht haben, wie sie sich heute benimmt, ist es sinnvoll, sich von dieser Partei ebenfalls zu distanzieren, auch wenn sie nicht in Parlamenten und/oder Gemeindevertretungen vertreten ist.

Wahlprogrammanträge

Antragstitel WP001 Kein Wiederaufbau der Garnisionkirche

Antragstext

Der Stadtverband spricht sich mit allem Nachdruck gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche aus.

Antragsbegründung

Der als „Projekt von nationaler Bedeutung“ geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam ist zu Recht sehr umstritten.

Die Geschichte der Potsdamer Garnisonkirche ist insbesondere militärisch geprägt, da sie von König Friedrich Wilhelm I. für das in der Garnisonsstadt Potsdam stationierte Militär errichtet worden ist.

Der „Tag von Potsdam“ am 21.03.1933 besiegelte den Bund preußischer Militärtradition und der Führung der Nationalsozialisten. Hier fand die konstituierende Sitzung des Reichtages mit Adolf Hitler statt.

Eine Kirche kann nicht Wegbereiter für den Gehorsam von Soldaten sein, sondern ist allenfalls ein Symbol des eigenen Glaubens in der Tradition der Trennung von Kirche und Staat.

Der Wiederaufbau ist auch kein Zeichen der Versöhnung, sondern verhöhnt die Opfer insbesondere des 2. Weltkrieges, der ohne das Schweigen, teilweise auch der Billigung der Kirche stattfand. Wir lehnen militärische Symbolik ab und fordern andere Zeichen gegen Kriege.

Antragstitel WP002 Resolution zur Flüchtlingsproblematik

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam unterstützt die gemeinsam im LV erarbeite Resolution zur Flüchtlingsproblematik und macht sie sich zu Eigen:

Text der Resolution:

Wir Brandenburger Piraten begrüßen die vor Not und Verfolgung in unser Land Geflüchteten. Dies verstehen wir als einen Vertrauensvorschuss für unsere Gesellschaft, wie er eindrücklicher nicht geleistet werden kann.

Diesem Vertrauen muss das Handeln von staatlichen Institutionen und Bürgern gerecht werden. Die Vielzahl der Geflüchteten stellt Bund, Land und Kommunen vor massive Probleme. Diese Situation besteht vor allem wegen mangelhafter Kommunikation, fehlender Planbarkeit und abgebauten Aufnahmekapazitäten für die Erstaufnahme.

Auf die Hilfe zur Verbesserung der sozialen Situation der Geflüchteten durch Freiwillige müssen die Behörden mit Anerkennung, Unterstützung und Schutz reagieren, anstatt sie als Störfaktor abzulehnen. Dies und die Einbindung der Geflüchteten in die Gesellschaft sowie eine bedarfsgerechte behördliche Organisation können zur Lösung beitragen.

Wir Brandenburger Piraten verlangen eine Kultur der Aufnahme statt der willkürlichen Zuweisung von Geflüchteten. Ein wichtiger Schlüssel dazu ist eine wesentlich transparentere Information der Bürger und eine bessere Kommunikation zwischen den unterschiedlichen staatlichen Akteuren.

Eine Politik der Abschreckung der Geflüchteten durch restriktive Maßnahmen sowie durch räumliche und familiäre Trennung lehnen wir ab. Wir erkennen in ihr den Nährboden für Frustration, Hass und Gewalt. Das Aufnahmeverfahren muss ganz erheblich gestrafft werden. Eine Einschränkung der Rechte der Geflüchteten lehnen wir ab. Doppelstrukturen sind zu beseitigen und freiwerdende personelle Kapazitäten sinnvoll einzusetzen.

Für die Geflüchteten ist eine Perspektive innerhalb der Gesellschaft notwendig. Ihre vorhandenen Fähigkeiten sind zu nutzen und auszubauen. Besondere Unterstützung muss dem Erwerb der deutschen Sprache gelten. Die dezentrale, freiwillige Aufnahme in Privathäusern und die Nutzung leerstehender Gebäude ist zu fördern. Zur raschen Beseitigung alltäglicher Probleme in Sammelunterkünften sind von den Geflüchteten demokratisch gewählte Ansprechpartner notwendig. Ombudsleute sollen Betroffenen bei der Beseitigung von Problemen zur Seite stehen.

Eine unabdingbare Aufgabe des Staates ist der Schutz der Geflüchteten und ihrer Unterstützer. Gegen Hetze und Gewalt innerhalb und außerhalb staatlicher Institutionen ist konsequent vorzugehen. Die Entwicklung mafiöser Strukturen der Selbstorganisation unter den Geflüchteten ist zu unterbinden und durch Perspektiven innerhalb der Gesellschaft zu ersetzen.

Die Brandenburger Piraten sehen als Ursache von Flucht insbesondere die fehlgesteuerte deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik an. Wir fordern deshalb die Stärkung einer auf Hilfe zur Selbsthilfe ausgerichteten Entwicklungspolitik zur Unterstützung der Herausbildung friedlicher, demokratischer und prosperierender Gesellschaften in den Herkunftsländern.

Die Beseitigung der Fluchtursachen sehen wir als ein notwendiges Ziel außenpolitischen Handelns an. Migrationshindernisse, seien sie administrativer oder militärisch-technischer Art, lehnen wir ab.

Wir gehen davon aus, dass auch in den nächsten Jahren viele der gegenwärtig vorhandenen Fluchtursachen noch gegeben sein werden. Ein Großteil der in unser Land Geflüchteten wird hier bleiben. Mit ihnen zusammen wollen wir unsere Zukunft in gegenseitigem Respekt gestalten, so wie dies einer freiheitlichen, demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft würdig ist.

Antragsbegründung

Die gemeinsam auf einer Sitzung erarbeitete Resolution drückt sehr gut die Werte aus, für die die Piraten einstehen.

Daher ist sie als Bestandteil des Programms aufzunehmen. Die Einberufung eines Landesparteitages zum Beschluss von Programmanträgen ist ungewiss.

Dieser Beschluss unterstützt insbesondere nicht den Einsatz militärischer Optionen.

Beschlusstext ist der Text der Resolution.

Antragstitel WP003 Modernes Verkehrskonzept für Potsdam

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam setzt sich für ein modernes, an die Bedürfnisse der Bürger ausgerichtetes Verkehrskonzept ein.

Insbesondere sollen die Verkehrsknotenpunkte Zeppelinstraße, Leipziger Dreieck und Fortführung der Nuthestraße (L40) durch Potsdam durch verschiedene Maßnahmen leistungsfähiger werden und so Stau, Abgase und Lärm nachhaltig reduziert werden.

Dabei sind als Alternative der ÖPNV einschließlich sicherer Park & Ride Stationen (auch für Fahrräder) auszubauen und das Radwegekonzept zu verbessern.

Die Luftreinhaltung ist durch die Einrichtung von Umweltzonen zu verbessern.

Antragsbegründung

In Potsdam kommt niemand an der geografischen Lage und dem Umstand vorbei, dass Potsdam von mindestens drei überregionalen Hauptverkehrsstrecken durchzogen wird, für die es keine wirklichen Verkehrsalternativen gibt. Die Lärm und Schadstoffbelastung sind zu hoch. Statt den weiter Verkehr einzuengen und einen geordneten Verkehrsfluss durch einseitige Maßnahmen nachhaltig zu stören, sind zunächst Alternativen auszubauen. Als kurzfristig wirksame Maßnahme können Umweltzonen stehen, die den Durchgangsverkehr erträglicher machen.

Die „Rote Welle“ ist abzuschaffen.

Hohe Millionenbeträge zum sinnfreien Umbau des Leipziger Dreiecks können eingespart werden. Das Leipziger Dreieck kann durch wenige und kostenextensive Maßnahmen ertüchtigt werden. Die Straßenbahnführung kann durch weniger kostenintensive Maßnahmen vereinfacht werden. Der SV Potsdam setzt hierfür eine Arbeitsgruppe ein, die im Frühjahr 2016 ein entsprechendes Konzept vorlegt.

Antragstitel WP004 Unterstützung des Volksbegehrens „Stoppt Massentierhaltung“

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam unterstützt aktiv die Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung“ und macht sich deren Forderungen zu Eigen:

Text der Forderungen:

1. Es dürfen ausschließlich art- und tiergerechte Haltungsverfahren gefördert werden.

Dabei muss die Tierhaltung an die zur Verfügung stehende Fläche gebunden sein. Tierhaltungsanlagen ab einer bestimmten Größe dürfen gar nicht mehr gefördert werden.

2. Verbot des Kupierens von Schwänzen bei Schweinen sowie Schnäbeln bei Hühnern!

Wir müssen unsere Tiere endlich so halten, dass die Verhaltensstörungen Schwanzbeißen und Federpicken nicht mehr auftreten, statt die Tiere an die schlechten Haltungsbedingungen anzupassen!

3. Benennung eines Tierschutzbeauftragten im Land Brandenburg!

Es braucht einen von der Regierung unabhängigen Tierschutzbeauftragten, um auf Missstände in der Tierhaltung schnell, kompetent und wirksam reagieren zu können.

4. Einführung eines Mitwirkungs- und Klagerechtes für anerkannte Tierschutzverbände!

Tiere können ihre Rechte nicht selbst vor Gericht einklagen. Agrarinvestoren schon. Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden, die Tierschutzverbände müssen die Rechte der Tiere auch vor Gericht vertreten dürfen!

Antragsbegründung

Trotz des großen Erfolgs der Unterschriftensammlung mit knapp 34.000 Stimmen wurden die Forderungen der Volksinitiative Brandenburg „Stoppt Massentierhaltung“ in der Landtagssitzung vom 18.03.2015 mehrheitlich abgelehnt.

Aus diesem Grund hat sich das Aktionsbündnis entschieden, ein Volksbegehren zu beantragen.

Mit der Weiterverfolgung des direktdemokratischen Instrumentes der Volksgesetzgebung wollen wir unsere Forderungen nach mehr Tierwohl und dem Stopp von Mega-Mastanlagen durchsetzen.

Beschlossen wird der Forderungstext.

Antragstitel WP005 Der Stadtverband Potsdam unterstützt aktiv das Volksbegehren gegen die 3. Startbahn.

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam unterstützt aktiv das Volksbegehren gegen die 3. Startbahn und macht sich die Forderungen zu Eigen:

Forderungstext:

Der Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg BER in Schönefeld darf nicht über den im Planfeststellungsbeschluss gebilligten Umfang hinaus erweitert werden.

I. § 19 Abs. 11 des gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms der Länder Berlin und Brandenburg (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) in der Fassung vom 1.11.2003 einschließlich der Änderungen vom 10.10.2007 wird um folgende Sätze ergänzt:

1. Der Flughafen am Standort Schönefeld darf nicht mehr als zwei Start- und/oder Landebahnen haben.

2. Die Kapazität des Flughafens am Standort Schönefeld soll nicht über die Fähigkeit zur Abwicklung von 360.000 Flugbewegungen im Jahr hinaus ausgebaut werden.

II. Die Regierung des Landes Brandenburg wird aufgefordert, den Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) in der Fassung vom 30.05.2006 um folgendes Ziel und folgenden Grundsatz der Raumordnung zu ergänzen:

> (Festlegung Z16) Der Flughafen am Standort Schönefeld darf nicht mehr als zwei Start- und/oder Landebahnen haben.
> (Festlegung G17) Die Kapazität des Flughafens am Standort Schönefeld soll nicht über die Fähigkeit zur Abwicklung von 360.000 Flugbewegungen im Jahr hinaus ausgebaut werden.“

III. Falls das Land Berlin seine Mitwirkung an den in Nr. I. und II. vom Land Brandenburg beabsichtigten Ergänzungen des § 19 Abs. 11 LEPro und des LEP FS verweigert, wird das Land Brandenburg den „Vertrag über die Aufgaben und Trägerschaft sowie Grundlagen und Verfahren der gemeinsamen Landesplanung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg (Landesplanungsvertrag)“ gemäß dessen Art. 24 kündigen. Die Regierung des Landes Brandenburg ist berechtigt, einen neuen Landesplanungsvertrag mit dem Land Berlin nur unter Ausklammerung des Verkehrsflughafens Berlin-Brandenburg BER abzuschließen.

Antragsbegründung
Mit einem Volksbegehren wollen Umweltinitiativen und betroffene Anwohner eine dritte Startbahn am BER verhindern und die Zahl der Flugbewegungen auf 360.000 pro Jahr gesetzlich begrenzen. Von der Erweiterung des Flughafens befürchten die Kritiker eine Verdoppelung der bislang geplanten Flugbewegungen und damit noch mehr Fluglärm und eine höhere Umweltbelastung.

Der Gesetzentwurf schreibt im gemeinsamen Landesentwicklungsprogramm und im Landesentwicklungsplan der Länder Berlin und Brandenburg die Begrenzung des BER auf höchstens zwei Start- und Landebahnen fest. Maximal 360.000 Flugbewegungen im Jahr wären danach zugelassen, was der aktuellen Höchstkapazität des BER entspricht.

Sollte Berlin diesen Änderungen widersprechen, müsste Brandenburg aus den gemeinsamen Verträgen aussteigen. Neue Vereinbarungen dürften dann nur unter Ausschluss aller BER-Themen neu verhandelt werden. Das Volksbegehren will damit ein bekanntes Problem umgehen: Unter Verweis auf den gemeinsamen Vertrag mit Berlin wurde der Gesetzentwurf im Landtag beim letzten Mal abgelehnt.
Quelle: Gemeinsamer Landesentwicklungsplan – Flughafenstandortentwicklung (LEP FS)
https://dl.dropboxusercontent.com/u/13031383/lep_fs-1.pdf

Beschlossen wird der Forderungstext.

Antragstitel WP006 Open Government und Open Data

Antragstext

Die Piraten Potsdam fordern, dass die Stadt Potsdam die Prinzipien von Open Government und Open Data so schnell als möglich umsetzt.

Antragsbegründung

Die Stadt Potsdam steht aktuell nur am Anfang bei der Behandlung des Themas Open Data und Open Government.

Hier wird allenfalls diskutiert. Am 12.11.2014 wurde von der SVV beschlossen, dass ein Konzept zu Open Government Data vorzulegen ist. Der Zwischenbericht für die Sitzung der SVV am 01.04.2015 vertagt das Problem. Im Oktober sollte dieser erneut zur Sprache kommen. Ein Fortschritt ist nicht festzustellen.

http://egov.potsdam.de/bi/___tmp/tmp/45081036823432774/823432774/00403579/79-Anlagen/01/15-03-06ZwischenberichtOpenGovernmentData.pdf

---

Antragstitel WP007 Ablehnung von „intelligenten Stromzählern“

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam spricht sich gegen den Einsatz von sogenannten „intelligenten Stromzählern“ (Smart Meter) aus.

Antragsbegründung

Es ist kaum vorstellbar, dass der Datenschutz für den Bürger gewährleistet werden kann. Der Schutz der Privatsphäre ist fraglich – es besteht das Risiko, dass der Kunde zum „gläsernen Kunden“ wird, sofern Verbrauchsprofile an den Stromlieferanten übertragen werden. Erfassung und missbräuchliche Auswertung der Verbrauchsdaten gestatten weitreichende Rückschlüsse über die Lebensgewohnheiten der Kunden.

Mit intelligenten Zählern sind prinzipiell Fernschaltfunktionen möglich, mit denen einzelne (z. B. stromintensive) Geräte des Verbrauchers vom Versorger geschaltet werden können. Auch eine Unterbrechung der Versorgung per Fernabschaltung ist bei manchen Geräten möglich (etwa bei einem säumigen Zahler).

Sonstige Anträge

Antragstitel X001 Unterstützung der Klage gegen die Vorratsdatenspeicherung

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam unterstützt aktiv die Klage gegen die Vorratsdatenspeicherung. Bei einem Beitritt zur Klage wird das Prozesskostenrisiko mit bis zu 500,00 EUR übernommen.

Antragsbegründung

Die erneute Klage gegen die Vorratsdatenspeicherung betrifft ein Kernthema der Piraten.

Hier scheint es nicht genügend Unterstützung seitens des Bundes- und Landesverbandes zu geben. Deswegen soll hier ein starkes Zeichen gesetzt werden. Der Stadtverband befindet sich in einer guten finanziellen Verfassung.

Antragstitel X002 Regelmäßige Informationsbriefe erstellen

Antragstext

Der Vorstand des Stadtverbandes Potsdam versendet pro Quartal ein Informationsschreiben an alle Mitglieder, um sie über den Stadtverband Potsdam und anderer Ereignisse in der Piratenpartei zu informieren. In der Regel soll dies per E-Mail mit entsprechend Anlage geschehen. Mitglieder ohne E-Mail werden per Post angeschrieben.

Kommt die Post mehrfach zurück und ist das Mitglied nicht auffindbar, wir dieses als inaktiv geführt und ist zukünftig für die Kenntnisnahme wichtiger Ereignisse im Stadtverband Potsdam selbst verantwortlich.

Antragsbegründung

Informationsarbeit nach innen ist wichtig. Die Aktivitäten der Mitglieder sind unbefriedigend. Tue Gutes und berichte darüber, die Kosten sind gering und können auch durch Spenden aufgebracht werden.

Als Nebeneffekt kommt eine bessere Einschätzung heraus, wer nun wirklich eine „Karteileiche“ ist.

Die Unterscheidung in stimmberechtigte, aktive und inaktive Mitglieder hat organisatorische Vorteile.

Durch Beschluss wird dem Vorstand des Stadtverbandes die Sorge abgenommen, er würde mit regelmäßigen Zusendungen die Mitglieder des Stadtverbandes belästigen.

Antragstitel X003 Stadtgeschäftsstelle erhalten

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam benötigt und betreibt eine Stadtgeschäftsstelle.

Antragsbegründung

Die Stadtgeschäftsstelle Behlertstraße hat gezeigt, dass eine solche Einrichtung sehr sinnvoll ist, um unabhängig von den Entscheidungen des Landesvorstandes tätig zu sein, ein Lager und einen zentralen Treffpunkt und Veranstaltungsort zu betreiben.

Antragstitel WP004 Unterstützung des Volksbegehrens „Stoppt Massentierhaltung“

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam unterstützt aktiv die Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung“ und macht sich deren Forderungen zu Eigen:

Text der Forderungen:

1. Es dürfen ausschließlich art- und tiergerechte Haltungsverfahren gefördert werden.

Dabei muss die Tierhaltung an die zur Verfügung stehende Fläche gebunden sein. Tierhaltungsanlagen ab einer bestimmten Größe dürfen gar nicht mehr gefördert werden.

2. Verbot des Kupierens von Schwänzen bei Schweinen sowie Schnäbeln bei Hühnern!

Wir müssen unsere Tiere endlich so halten, dass die Verhaltensstörungen Schwanzbeißen und Federpicken nicht mehr auftreten, statt die Tiere an die schlechten Haltungsbedingungen anzupassen!

3. Benennung eines Tierschutzbeauftragten im Land Brandenburg!

Es braucht einen von der Regierung unabhängigen Tierschutzbeauftragten, um auf Missstände in der Tierhaltung schnell, kompetent und wirksam reagieren zu können.

4. Einführung eines Mitwirkungs- und Klagerechtes für anerkannte Tierschutzverbände!

Tiere können ihre Rechte nicht selbst vor Gericht einklagen. Agrarinvestoren schon. Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden, die Tierschutzverbände müssen die Rechte der Tiere auch vor Gericht vertreten dürfen!

Antragsbegründung

Trotz des großen Erfolgs der Unterschriftensammlung mit knapp 34.000 Stimmen wurden die Forderungen der Volksinitiative Brandenburg „Stoppt Massentierhaltung“ in der Landtagssitzung vom 18.03.2015 mehrheitlich abgelehnt.

Aus diesem Grund hat sich das Aktionsbündnis entschieden, ein Volksbegehren zu beantragen.

Mit der Weiterverfolgung des direktdemokratischen Instrumentes der Volksgesetzgebung wollen wir unsere Forderungen nach mehr Tierwohl und dem Stopp von Mega-Mastanlagen durchsetzen.

Beschlossen wird der Forderungstext.

Antragstitel X005 Anonyme SIM-Karten

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam stellt eine angemessene Zahl von anonymen SIM-Karten kostenfrei zur Verfügung. Der Gebühren sind von Nutzer zu tragen.

Antragsbegründung

Im Zeitalter der erneuten Einführung der verfassungswidrigen Vorratsdatenspeicherung, ist die Ausgabe von anonymen SIM-Karten ein politisches Signal, zumindest angstfrei Telefonate führen zu können, bzw. sich angstfrei in Deutschland bewegen zu können, ohne persönlich geortet zu werden.

Es wird nicht verkannt, dass die Nutzung einer anonymen SIM-Karte auch zu Missbrauch führen kann. Aber rechtsuntreue Menschen nutzen diese Möglichkeit ohnehin.

Antragstitel X006 Patenschaften für Gliederungen des LVBB

Antragstext

Der Stadtverband Potsdam bietet an, für Gliederungen, die keinen Vorstand bestellen können, eine Organisationpatenschaft zu übernehmen.

Umsetzungsverantwortlich ist der Vorstand des Stadtverbandes.

Antragsbegründung

In diversen Gliederungen im Landesverband Brandenburg wurde kein Vorstand mehr gewählt und vom Landesvorstand satzungswidrig kein kommissarischer Vorstand bestellt. Diese Gliederungen dümpeln vor sich hin und verstärken den Eindruck eines zunehmend zerfallenden Landesverbandes.

Dieser schädlichen Entwicklung soll entgegen gewirkt werden.

Antragstitel X007 Verwaltung der Mitglieder des Stadtverbandes Potsdam

Antragstext

Mit der Mitgliederverwaltung wird der Vorstand des Stadtverbandes beauftragt.

Antragsbegründung

Nach § 3 Absatz 1 der Bundessatzung wird die Mitgliedschaft in der niedrigsten Parteigliederung erworben, die den nach Abs. 3 Satz 2 bestimmten Wohnort umfasst.

Nach § 3 Absatz 3 Satz 2 der Bundessatzung ist dies die Gliederung in der Pirat einen Wohnsitz hat. Hat ein Pirat mehrere Wohnsitze, bestimmt er selbst, wo er Pirat ist.

Somit ist für die Mitgliederverwaltung der Vorstand des Stadtverbandes zuständig. Da nach § 2 Absatz 2 Satz 2 der Bundessatzung die Bundespartei ein zentrales Piratenverzeichnis führt, ist der Informationsfluss auch zum Landesverband sichergestellt.

Die Delegation der Mitgliederverwaltung an den Landesvorstand wird zurückgenommen, da sie in der Vergangenheit zu Streit über die Frage geführt hat, wer Mitglied im SV Potsdam ist. Dies festzustellen ist Aufgabe des Vorstandes des Stadtverbandes aufgrund der Satzungen.

Antragstitel X008 Missbilligung der LaVo-Klage auf Handlungsunfähigkeit

Antragstext

Die Klage des Landesvorstandes gegen den Stadtverband auf Feststellung der Handlungsunfähigkeit wird missbilligt.

Antragsbegründung

Der Landesvorstand 2014/2015, der teilweise personenidentisch mit dem amtierenden Landesvorstand ist, hat eine Klage gegen den Stadtverband auf Feststellung der Handlungsunfähigkeit des Kreisvorstandes geführt. Die Klage wurde abgewiesen.

Das Vorhaben, eine der wenigen funktionierenden Gliederungen aus persönlichen Motiven heraus ihrer Handlungsfähigkeit zu berauben, um sich in den Besitz derselben zu setzen, ist zutiefst undemokratisch und moralisch bedenklich.

Antragstitel X009 Transparenz des Spendenwesens

Antragstext

Der SV Potsdam führt ein transparentes Spendenverzeichnis, das sich nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes und der Finanzordnung der Piratenpartei richtet.

Abweichend von den Bestimmungen des Parteiengesetzes werden Spenden, deren Gesamtwert 10.000 Euro pro Jahr übersteigt, im öffentlich zugänglichen Rechenschaftsbericht des SV Potsdam unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders bzw. der Spenderin aufgeführt.

Abweichend von den Bestimmungen des Parteiengesetzes werden Einzelspenden über 1000 Euro unverzüglich unter Angabe von Spendernamen, Summe und ggf. Verwendungszweck veröffentlicht.

Modul 1

Der SV Potsdam veröffentlicht alle Spenden – gleich welcher Höhe – mit Spendernamen, Summe und ggf. Verwendungszweck, einschließlich aller Aufwandsverzichtsspenden im Detail. Bei Sachspenden wird der Wert durch Vorlagen des Kaufbeleges, ansonsten durch Gutachten eines Wirtschaftsprüfers festgestellt.

Ist der Spender bzw. die Spenderin mit der Veröffentlichung nicht einverstanden, wird die Spende als unzulässig im Sinne des § 12 Finanzordnung abgelehnt, bzw. zurückgezahlt oder an den Bundesverband zwecks Überweisung an den Bundestagspräsidenten überwiesen.

Modul 2

Der SV Potsdam lehnt alle anonymen Spenden ab.

Modul 3 bei Annahme von Modul 1

Die Veröffentlichung von Spenden jeglicher Art erfolgt in detaillierter Form unterjährig unverzüglich nach Eingang, auch wenn noch nicht feststeht, ob eine Spende als solche verbuchbar ist.

Modul 4

Der SV Potsdam stellt fest, dass Spenden als unzulässige Einflussnahme angesehen werden und finanziert seine Ausgaben ausschließlich durch die Einnahme der Beitragsanteile und der Zuweisung von Mitteln aus der staatlichen Teilfinanzierung.

Modul 5 (entfällt bei Annahme eines der Module 1 bis 4)

Der SV Potsdam stellt fest, dass das Spendenwesen wie bisher dokumentiert wird und es keiner Änderung bedarf. Es wird empfohlen, eine Summenübersicht über alle eingegangen Spenden zu erstellen, die in den Verfügungsbereich des Schatzmeisters bzw. eines besonders Bevollmächtigten gelangt sind.

Antragsbegründung

Der SV Potsdam finanziert seine Ausgaben derzeit bis auf eine geringe Summe ausschließlich durch Spenden und betrachtet die Zuweisung von Mitteln aus der staatlichen Teilfinanzierung als zweckgebunden für Wahlkämpfe.

Es hat sich außerhalb des SV Potsdam eine umfangreiche Diskussion ergeben, wie Auslagen, Zuweisungen und Einnahmen im Sinne des § 24 Absatz 4 ParteienG zu verbuchen sind und insbesondere wann die Verbuchung und die öffentliche Darstellung wie zu erfolgen hat.

Antragstitel X010 Antrag auf Auflösung des Stadtverbandes Potsdam

Antragstext

Antrag auf Auflösung des Stadtverbandes Potsdam gemäß SV-Satzung § 13 Abs. 4 (Anwendung von § 28 Landessatzung). Hierzu ist die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder notwendig.

Antragsbegründung

Trotz einzelner sehr engagierter Piraten ist eine solide kommunale Arbeit mit weniger als 10 zahlenden Mitgliedern im Stadtverband nicht mehr möglich. Eine Änderung ist nicht in Sicht. Daher sollte den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, sich auf brandenburgische und bundesweite piratische Themen zu konzentrieren. Den Mitgliedern des Stadtverbandes wird mit dem Antrag eine Positionierung zur Wertigkeit der kommunalen Arbeit ermöglicht.

Antragstitel X011 Bestellung eines DSB

Antragstext

Der Vorstand des Stadtverbandes Potsdam bestellt einen Datenschutzbeauftragen bzw. beauftragt eine sachkundige Person mit den Belangen des Datenschutzes der Piraten Potsdam.

Antragsbegründung

Der Datenschutz gehört zu den Kernthemen der Piratenpartei. Dafür ist es nicht nur notwendig, dass der Datenschutz innerparteilich gelebt werden muss, sondern auch sachkundige Personen Datenschutzfragen bearbeiten und entsprechende Statements begründen können.

Datenschutz ist auch als politisches Stilmittel einzusetzen. Dies können die Piraten glaubhaft vorleben und auch als kleine Gliederung die Einhaltung des Datenschutzes bei Dritten z. B. in ihrer Kommune permanent einfordern.

Antragstitel X012 Namenszusatz "Partei des digitalen Wandels"

Antragstext

Die Piraten Potsdam ergänzen ihren Namen auf allen Publikationen und Medien wie folgt:

Stadtverband Potsdam Partei des digitalen Wandels

bzw.

PIRATEN Potsdam Partei des digitalen Wandels

Antragsbegründung

Die Piratenpartei (Potsdam) soll in der Öffentlichkeit mehr als Partei des digitalen Wandels wahrgenommen werden.

Der Antrag ändert den satzungsmäßigen Parteinamen an sich nicht ab. Bei Annahme des Antrages kann der Zusatz verwendet werden, ohne dass es einer weiteren Zustimmung oder Diskussion bedarf.